

Untersuchungshaft und Erziehung

Stefanie Hintz



Centaurus Verlag
Herbolzheim 2004

INHALTSVERZEICHNIS

Abkürzungsverzeichnis	XIII
A) Einleitung	1
I.) Einführung in die Problematik	1
II.) Vorgehensweise	4
B) Der Erziehungsgedanke in der Untersuchungshaft	6
I.) Legitimation und Anwendungsvoraussetzungen der Untersuchungshaft bei Jugendlichen und Heranwachsenden	6
1.) Legitimation der Untersuchungshaft	6
a) Die Unschuldsvermutung gemäß Art. 6 Abs. 2 EMRK	6
b) Zweck der Untersuchungshaft	8
c) Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	10
2.) Anwendungsvoraussetzungen der Untersuchungshaft	12
a) Formelle Voraussetzungen	12
b) Materielle Voraussetzungen	14
aa) Dringender Tatverdacht	15
bb) Haftgründe	15
cc) Verhältnismäßigkeit	17
c) Untersuchungshaft als Erziehungshaft	18
aa) Darstellung von apokryphen Haftgründen	19
(1) Stationäre Krisenintervention	20
(2) Stationärer Einstieg für längerfristige spezialpräventive Behandlung	21
bb) Rechtliche Bedenken gegen apokryphe Haftgründe	21
II.) Der Erziehungsgedanke im Jugendstrafrecht	26
1.) Der Erziehungsbegriff im Jugendgerichtsgesetz	27
a) Fortbestehen des Erziehungsgedankens in der Gegenwart	27
b) Inhaltliche Bestimmung des Erziehungsgedankens und der Erziehungsziele	29

2.) Ziel der erzieherischen Gestaltung im Untersuchungshaftvollzug	34
a) Erziehung als spezialpräventive Behandlung	34
b) Erziehung als Gegensteuerung zu schädlichen Folgen der Haft	37
C) Verfassungsmäßigkeit der erzieherischen Gestaltung der Untersuchungshaft	39
I.) Ermächtigungsgrundlage für erzieherische Eingriffe	39
1.) § 93 Abs. 2 JGG als Ermächtigungsgrundlage	40
2.) UVollzO als Ermächtigungsgrundlage	42
3.) § 119 Abs. 3 StPO als Ermächtigungsgrundlage	43
a) Verfassungsmäßigkeit der Rechtsgrundlage	43
b) Voraussetzungen des § 119 Abs. 3 StPO	45
c) Rechtsgrundlage für erzieherische Maßnahmen	47
II.) Das Erziehungsrecht des Staates als Ermächtigungsgrundlage	48
1.) Untersuchungsgefangene unter 18 Jahren	48
a) Der staatliche Erziehungsauftrag aus Art. 6 GG als Ermächtigungsgrundlage	48
aa) Allgemeine Darstellung des Art. 6 GG	48
bb) Originäres Erziehungsrecht des Staates	50
b) Entzug des Elternrechtes aus Art. 6 Abs. 2 Satz 1 GG	52
aa) Gesetzesvorbehalt des Elternrechtes aus Art. 6 Abs. 2 Satz 1 GG	52
bb) Beschränkung gemäß Art. 6 Abs. 3 GG	53
cc) Beschränkung gemäß Art. 6 Abs. 2 Satz 2 GG	54
c) Kriminalrechtliches Erziehungsrecht des Staates aus dem staatlichen Strafanspruch	54
d) Von den Eltern abgeleitetes Erziehungsrecht des Staates	57
aa) Umfang des abgeleiteten Erziehungsrechtes	58
bb) Selbstbestimmungsrecht des Jugendlichen	60
2.) Untersuchungsgefangene über 18 Jahre	62
a) Von den Eltern abgeleitetes Erziehungsrecht des Staates	62
b) Kriminalrechtliches Erziehungsrecht des Staates aus dem staatlichen Strafanspruch	63
c) Erziehungsrecht des Staates aus Art 6 GG i.V.m. den §§ 110 Abs. 2, 93 Abs. 2 JGG	63

d) Verfassungsmäßigkeit des § 110 Abs. 2 JGG	64
aa) Ausgliederung der Vorschriften über Untersuchungshaft aus dem Jugendgerichtsgesetz	65
bb) Unterscheidung zwischen Angeboten und Versagungen	65
III.) Verpflichtung des Staates zur Erziehung in der Untersuchungshaft	68
1.) Verpflichtung des Staates aus § 93 Abs. 2 JGG gegenüber Jugendlichen	68
2.) Verpflichtung des Staates aus § 93 Abs. 2 JGG gegenüber Heranwachsenden	71
a) Verfassungskonforme Auslegung nach dem Sozialstaatsprinzip	71
b) Verfassungskonforme Auslegung nach dem Rechtsstaatsprinzip	72
IV.) Anspruch des Untersuchungsgefangenen auf Erziehung	75
1.) Anspruch des Jugendlichen aus § 93 Abs. 2 JGG	75
2.) Anspruch des Heranwachsenden auf Erziehung	78
a) Anspruch aus dem Sozialstaatsprinzip	79
b) Anspruch aus dem Rechtsstaatsprinzip	81
V.) Zuständigkeit für die Umsetzung einer erzieherischen Gestaltung des Untersuchungshaftvollzuges	81
VI.) Exkurs: Forderungen nach einem Gesetz zur Regelung des Untersuchungshaftvollzuges	83
VII.) Zusammenfassung	88
D) Erziehungsmaßnahmen im Einzelnen	91
I.) Persönlichkeitserforschung nach Nr. 79 UVollzO	91
1.) Rechtmäßigkeit der Persönlichkeitserforschung	92
a) Persönlichkeitserforschung bei Jugendlichen	92
aa) Verstoß gegen die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung	92
bb) Verstoß gegen Art. 2 Abs. 1 i.V.m. Art. 1 Abs. 1 GG	94
cc) Verstoß gegen Art. 3 Abs. 1 GG	98

(1) Schlechterstellung gegenüber anderen jungen Beschuldigten	98
(2) Schlechterstellung gegenüber erwachsenen Untersuchungsgefangenen	99
dd) Verstoß gegen die Unschuldsvermutung nach Art. 6 Abs. 2 EMRK	100
b) Persönlichkeitserforschung bei Heranwachsenden	101
2.) Tatsächliche Möglichkeiten der Persönlichkeitserforschung	102
II.) Arbeitspflicht nach Nr. 80 Abs. 2 UVollzO	105
1.) Rechtmäßigkeit der Arbeitspflicht	105
a) Arbeitspflicht bei Jugendlichen	105
aa) Verstoß gegen die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung	105
bb) Verstoß gegen Art. 12 GG	108
(1) Schutzbereich des Art. 12 GG	108
(2) Eingriff in Art. 12 Abs. 2 und 3 GG	110
(3) Rechtfertigung	112
cc) Verstoß gegen Art. 3 Abs. 1 GG	113
(1) Schlechterstellung gegenüber anderen jungen Beschuldigten	113
(2) Schlechterstellung gegenüber erwachsenen Untersuchungsgefangenen	115
dd) Verstoß gegen die Unschuldsvermutung nach Art. 6 Abs. 2 EMRK 116	
b) Arbeitspflicht bei Heranwachsenden	117
2.) Verpflichtung des Staates zum Angebot von Arbeitsmöglichkeiten	118
a) Verpflichtung gegenüber Jugendlichen	118
b) Verpflichtung gegenüber Heranwachsenden	118
3.) Tatsächliche Möglichkeiten	119
III.) Unterricht und Berufsausbildung	122
1.) Rechtmäßigkeit einer Unterrichts- und Ausbildungspflicht	122
a) Unterrichts- und Ausbildungspflicht bei Jugendlichen	123
b) Unterrichts- und Ausbildungspflicht bei Heranwachsenden	124
2.) Verpflichtung des Staates zum Anbieten von Unterricht und Ausbildungsmaßnahmen	125
a) Verpflichtung gegenüber Jugendlichen	125

(1) Verpflichtung aus Art. 7 Abs. 1 GG	125
(2) Verpflichtung aus dem Erziehungsauftrag	125
b) Verpflichtung gegenüber Heranwachsenden	127
3.) Tatsächliche Möglichkeiten	128
IV.) Verkehr mit der Außenwelt/Außenkontakte	129
1.) Rechtmäßigkeit einer Beschränkung des Außenkontaktes aus erzieherischen Gründen	130
a) Beschränkung des Außenkontakts bei Jugendlichen	130
b) Beschränkung des Außenkontakts bei Heranwachsenden	131
2.) Verpflichtung des Staates zur Förderung von Außenkontakten	132
a) Verpflichtung gegenüber Jugendlichen	132
b) Verpflichtung gegenüber Heranwachsenden	133
3.) Tatsächliche Möglichkeiten	134
V.) Freizeitgestaltung	136
VI.) Sozialtherapeutische Maßnahmen	137
VII.) Übergangshilfen	139
E) Zusammenfassung und Schlußbetrachtung	141
Literaturverzeichnis	145